



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Januar 1987
7. Jahrgang, S. 2–11
ISSN 0177–1868

1

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	2
Haftung des Steuerberaters wegen nicht entdeckter Unterschlagungen	3
– Buchführungsauftrag – Mitverschulden des Mandanten (OLG Koblenz Urf. v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84)	
Haftung des Notars wegen fehlerhafter Vertragsgestaltung	7
– Sicherungsübereignung – Pflicht zur Aufklärung des Sachverhaltes (BGH Urf. v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85 –)	
Verjährung von Gebührenansprüchen des Steuerberaters	9
– Wegen Buchführungsarbeiten (OLG Köln Urf. v. 14.5.1986 – 6 U 189/85, rechtskräftig –)	

GI-Leitsätze

Verjährung bei Steuerverkürzung/Abschreibungsgesellschaft

Werden im Rahmen einer Abschreibungsgesellschaft Steuerverkürzungen zugunsten der Gesellschafter bewirkt, beginnt die Verjährung, wenn der letzte unrichtige Einkommensteuerbescheid durch ein Wohnsitzfinanzamt ergeht.

(BGH Beschl. v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86, wistra 1986, 257)

Keine Steuerhinterziehung:

Vortäuschen von Umsatzsteuer-Erstattungsanspruch

Ist bei der Vortäuschung von Umsatzsteuer-Erstattungsansprüchen der gesamte Steuervorgang erfunden, ist für die Annahme einer Steuerhinterziehung kein Raum; vielmehr greift der allgemeine Tatbestand des Betruges ein.

(BGH Beschl. v. 28.1.1986 – 1 StR 611/85, wistra 1986, 142; vgl. ablehnende Anmerkung von Würthwein, wistra 1986, 258)

Rechtskraftwirkung des Strafbefehls wegen fortgesetzter Umsatzsteuerverkürzung

Ein rechtskräftiger Strafbefehl wegen fortgesetzter Umsatzsteuerverkürzung führt nicht zum Strafklageverbrauch hinsichtlich des Vorwurfs, im gleichen Zeitraum Lohnsteuer verkürzt und Sozialversicherungsbeiträge vorenthalten zu haben. Zwischen diesen Taten besteht weder Tateinheit i. S. des materiellen Rechts, noch handelt es sich um „eine Tat“ i. S. des § 264 StPO.

Ein rechtskräftiger Strafbefehl wegen einer Fortsetzungstat hindert die Verfolgung der vor Erlaß begangenen in den Fortsetzungszusammenhang gehörenden Einzelakte.

Bei der Beurteilung eines evtl. Strafklageverbrauchs ist das spätere Gericht an die Qualifizierung des Verhaltens im früheren Verfahren als Fortsetzungstat nicht gebunden. Der Tatrichter muß daher eigene Feststellungen dazu treffen, ob eine fortgesetzte Handlung vorlag und ob die jetzt abzuurteilenden Taten in den Fortsetzungszusammenhang gehören. (OLG Düsseldorf Ur. v. 24.6.1986 – Ss 125/86, wistra 1986, 273)

Haftung des Steuerberaters wegen nicht entdeckter Unterschlagungen

- Buchführungsauftrag
 - Mitverschulden des Mandanten
- (OLG Koblenz Urt. v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Buchführungsauftrag begründet nicht eine Verpflichtung des Steuerberaters, von sich aus und ohne entsprechenden Anlaß die ihm überlassenen Unterlagen auf Unregelmäßigkeiten oder Unterschlagungen seitens der Angestellten des Mandanten zu überprüfen.
2. Der Steuerberater haftet nur, wenn Unterschlagungshandlungen bei gehöriger Erfüllung des Buchführungsauftrages nicht hätten verborgen bleiben können und bei vertragsgemäßigem Verhalten des Steuerberaters der Schaden verhindert oder jedenfalls begrenzt worden wäre.
3. Der Steuerberater verstößt gegen Sorgfaltspflichten, wenn er Buchungen ohne Vorlage eines Beleges vornimmt.
4. Ein überwiegendes Mitverschulden trifft den Mandanten, wenn er Schecks blanko unterzeichnet und seinen Mitarbeiter nicht hinreichend kontrolliert.

Zum Sachverhalt:

Der Steuerberater hatte den Auftrag, neben den Abschlußarbeiten auch das Buchhaltungswerk zu fertigen. Er empfahl seinem Mandanten, die Vorbereitungsarbeiten durch den Ehemann einer Angestellten erledigen zu lassen. Dieser nahm die Vorkontierung der einzelnen Belege vor, führte das Kassenbuch und erledigte die Lohnabrechnung. Die einzelnen Unterlagen wurden jeweils dem Beklagten zur maschinellen Buchung und EDV-Kontierung und Speicherung (Datev) übergeben. Nachdem der Ehemann der Angestellten verstorben war, stellte sich heraus, daß er Unterschlagungen vorgenommen haben mußte.

Aus den Gründen:

.....

Pflichten im Buchführungsmandat

Das zwischen A. und dem Beklagten für die Dauer von zwei Jahrzehnten bestandene Vertragsverhältnis ist rechtlich als Dienstvertrag anzusehen, bei dem der Beklagte die ihm in Auftrag gegebenen Arbeiten nicht nur als Erfolg zu erbringen hatte, ihm vielmehr daneben auch Beratungs- und Sorgfaltspflichten gegenüber seinem Mandanten oblagen (vgl. BGH VersR 1971, S. 956). Wenn diese auch nicht eine Verpflichtung des Beklagten beinhaltete, von sich aus und ohne entsprechenden Anlaß die ihm überlassenen Unterlagen auf Unregelmäßigkeiten oder Unterschlagungen seitens der Angestellten des A. zu überprüfen (vgl. OLG Düsseldorf in Bonner Handbuch der Steuerberatung, Stollfuß-Verlag Bonn, § 57 StBerG R 427.4; Kolbeck, Peter, Rawald, Kommentar zum Steuerberatungsgesetz 340-21), so haftet der Beklagte doch für den seinem Auftraggeber entstandenen Schaden, wenn er diesen bei gewissenhafter Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben hätte abwenden können. Solches versteht sich für den Fall, daß der Steuerberater Unterschlagungen seitens des Personals entdeckt, von selbst, muß aber auch dann gelten, wenn derartige Handlungen dem über lange Jahre mit der steuerlichen Beratung und Buchführung betrauten Steuerberater bei gehöriger Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten nicht hätten verborgen bleiben können und bei vertragsgemäßigem Verhalten des Steuerberaters der Schaden verhindert oder jedenfalls begrenzt worden wäre.

Diese Voraussetzungen erachtet der Senat vorliegend als gegeben, wenn auch die einzelnen, in der Berufungsbegründungsschrift aufgezählten, angeblichen Verstöße des Beklagten ohne Bedeutung für den Schadeneintritt gewesen sind. **Als ursächlich für einen Teil des Schadens ist aber der Umstand geworden, daß der Beklagte Buchungen vorgenommen hat, ohne die hierzu entsprechenden Belege zu überprüfen.**

Der Senat ist nicht davon überzeugt, daß die Unterschlagungen des R. vermieden worden wären, wenn der Beklagte den einzelnen Konten jeweils den Übertrag aus dem Vorjahr hinzugefügt und damit deren Ausgangswert erhöht hätte. Betrachtet man die von den Klägern angegebenen Schadenfälle, so hätten sich Auffälligkeiten insoweit allenfalls bei dem Konto der Fa. B. im Jahr 1978 ergeben können, wobei zweifelhaft erscheint, ob dieses Konto vor Durchführung der Abschlußarbeiten einer genauen Überprüfung unterzogen worden wäre. Die übrigen Falschbuchungen betrafen mit Ausnahme **einer** Falschbuchung betreffend

das Konto B. im Jahr 1976 den privaten Bereich bzw. die Lohnbuchhaltung, wobei letztere dem Beklagten nicht oblag. Buchungen im privaten Bereich brauchte der Beklagte nicht zu überprüfen, zumal A. insoweit niemandem Rechenschaft schuldete, worauf sich der Beklagte zu Recht beruft. Auch der Umstand, daß der Beklagte die ihm von DATEV zur Verfügung gestellten Durchschriften der monatlichen EDV-Auswertung erst mit den Abschlußbilanzen zur Verfügung stellte, braucht für den Schaden nicht ursächlich gewesen zu sein. Die Kläger haben nicht dargetan, daß sie diese Unterlagen zu einem früheren Zeitpunkt der Auswertung unterzogen hätten, wenn der Beklagte ihnen diese monatlich zur Verfügung gestellt hätte. Dies kann auch nicht ohne weiteres angenommen werden, zumal die Kläger nicht dargetan haben, sie oder A. hätten zu irgendeinem Zeitpunkt die Überlassung dieser Durchschriften angefordert. Es war ganz offensichtlich so, daß A. sich um den geschäftlichen Stand seines Unternehmens wenig kümmerte und sich insoweit weitgehend auf R. und den Beklagten verließ, was dem Beklagten allerdings nicht verborgen geblieben sein kann.

Gerade weil A. dem Beklagten und R. aber besonderes Vertrauen entgegenbrachte, war der Beklagte verpflichtet, die von ihm vorzunehmenden Buchungen sorgfältig auszuführen. **Keinesfalls durfte er gegen den Grundsatz verstoßen, wonach keine Buchung ohne Vorliegen eines Beleges erfolgen darf** (vgl. OLG Koblenz in Bonner Handbuch der Steuerberatung, § 57 StBerG, R 427.5). Dies ist im vorliegenden Fall aber geschehen. Aus den von den Klägern vorgelegten Unterlagen ergibt sich, daß der Beklagte die Überweisung von 1.200,25 DM am 17. Mai 1978 an die Fa. S. als gezahlt verbucht hat, ohne daß hier ein entsprechender Beleg vorgelegen hat. Obgleich dem hier fraglichen Kontoauszug im übrigen Durchschriften der Überweisungen beigelegt waren, aus denen sich auch ergab, auf welche Rechnungen die Zahlungen geleistet wurden, buchte der Beklagte entsprechend der Vorkontierung des R. die Überweisung auf das Konto S., ohne die Richtigkeit der Vorkontierung überprüft zu haben. Hätte er den Durchschlag der Überweisung von R. oder A. angefordert, so hätte dies zwangsläufig zur Überprüfung des Kontos S. und mithin zur Entdeckung der Unredlichkeit des R. führen müssen. Hiergegen spricht auch nicht, daß auf dem Überweisungsträger vermerkt war, daß es sich um eine Gehaltszahlung für R. gehandelt habe. Der Senat ist davon überzeugt, daß eine Klärung dieser Falschbuchung zu einer umfassenderen Prüfung geführt hätte. Dies hätte zur Folge gehabt, daß die angeblich an die Fa. S. geleisteten Scheckzahlungen vom 7. März 1978 über 2.780,42 DM und 4. Mai 1978 über 2.944,38 DM sich ebenfalls als Falschbuchungen herausgestellt hätten, zumal das

Konto S. eine Überzahlung aufwies. Beide Schecks wurden nämlich, wie sich aus den Vermerken auf der Vorderseite ergibt, für das Konto des R. bei der Sparkasse eingezogen. Wären somit die Unterschlagungen des R. aufgedeckt worden, hätte man die hiernach erfolgten Tathandlungen zumindest durch gezielte Überwachung des R. vermeiden können.

Hiernach ist der Verstoß der Beklagten gegen den Grundsatz „keine Buchung ohne Beleg“ für folgende Unterschlagungen des A. ursächlich geworden:

Hiervon hat der Beklagte 1/3, das sind 5.859,86 DM zu erstatten.

Mitverschulden des Mandanten

Allerdings kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß A. den Eintritt des Schadens durch eigene Leichtfertigkeit mitverursacht hat. Er hat nicht nur R. monatlich zwei Schecks blanko unterzeichnet, vielmehr offenbar auch nicht ausreichend kontrolliert, auf welche Weise R. diese Schecks verwendete. Darüber hinaus hat er ihm zumindest für die Dauer seiner Krankheit unausgefüllte, aber unterschriebene Überweisungsformulare überlassen. Obgleich er die Bankauszüge selbst von der Bank abholte, hat er die darauf vorgenommenen Buchungen nicht nachgeprüft, wobei er die Unterschlagungen des R. leicht hätte entdecken können. Allerdings ist dieser Umstand nicht geeignet, die Verantwortlichkeit des Beklagten hinter der des A. völlig zurücktreten zu lassen. Die Klägerin zu 1. hat im Senatstermin ausgeführt, verschiedene Belastungen ihres Kontos hätten sie sich nicht erklären können. R. habe sie deshalb an den Beklagten verwiesen und dieser habe ihnen gesagt, die Buchungen hätten schon ihre Richtigkeit. Angesichts des Umstandes, daß der Beklagte sämtliche Unterlagen des A. in Besitz hatte, hätte die Nachfrage der Klägerin zu 1. den Beklagten veranlassen müssen, die einzelnen verdächtig erscheinenden Buchungen zu überprüfen.

Bei Abwägung aller Umstände, die im vorliegenden Fall für den Eintritt des Schadens bedeutsam geworden sein können, schätzt der Senat die Mitverursachung der Klageseite jedoch höher ein als die Beklagten, und zwar doppelt so hoch. Unberücksichtigt blieb hierbei, daß A. eine Schadenersatzleistung seitens des Vaters des R. abgelehnt hat, da er zur Annahme von Teilleistungen nicht verpflichtet war, insbesondere nicht, wenn diese zur Abgeltung der Gesamtschuld angeboten waren.

Haftung des Notars wegen fehlerhafter Vertragsgestaltung

- Sicherungsübereignung
 - Pflicht zur Aufklärung des Sachverhaltes
- (BGH Urt. v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85 –)

Leitsatz:

Der Notar kann die Willen der Beteiligten nur dann richtig erfassen und in die passende rechtliche Form kleiden, wenn er den Tatsachenkern des zu beurkundenden Geschäfts aufklärt. Es gehört nicht zu seinen Amtspflichten, den Beteiligten einen rechtlichen Hinweis darauf zu geben, wie sie die bessere Berechtigung eines Dritten beseitigen können.

Zum Sachverhalt:

Eine Steuerberatungspraxis wurde an eine Steuerberatungs-GmbH übereignet. Das antike Büroinventar sollte im Eigentum des Veräußerers bleiben. Er vermietete es an die Steuerberatungs-GmbH und behielt den mittelbaren Besitz als Vermieter.

Anschließend wurde beim beklagten Notar ein Sicherungsübereignungsvertrag zwischen dem Veräußerer und dem Kläger als Gesellschafter der Steuerberatungs-GmbH und Treuhänder für die Steuerberatungs-GmbH abgeschlossen.

Die Sicherungsübereignung gemäß § 929 Abs. 2 BGB schlug fehl, weil der Veräußerer das durch den Mietvertrag begründete Besitzmittlungsverhältnis mit der Steuerberatungs-GmbH nicht aufgegeben hatte.

Aus den Gründen:

.....

Behält der Veräußerer jedoch seinen mittelbaren Besitz, ist eine Übereignung nach § 929 Satz 2 BGB, so wie sie hier vom Beklagten gewollt war und beurkundet wurde, nicht möglich. Ein Eigentumsübergang nach dieser Vorschrift setzt vielmehr voraus, daß der Veräußerer keinerlei Besitzbeziehung zur Sache mehr hat oder behält (vgl. MünchKomm/Quack,

BGB, § 929 Rdnr. 160; Soergel/Mühl, BGB, 11. Aufl., § 929 Rdnr. 16; BGB-RGRK/Pikart, 12. Aufl., § 929 Rdnr. 44, 62; Palandt/Bassenge, BGB, 45. Aufl., § 929 Anm. 3 a, 4). Das war hier nicht der Fall. Deshalb ist der Eigentumserwerb des Klägers gescheitert. Die Frage, ob und wie er selbst wenigstens mittelbarer Besitzer geworden ist, muß nicht mehr entschieden werden. ...

.....

Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG soll der Notar den Willen der Beteiligten erforschen, den Sachverhalt klären, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiedergeben. Die Vorschrift soll gewährleisten, daß der Notar eine rechtswirksame Urkunde über den wahren Willen der Beteiligten errichtet (Senatsurt. v. 3.7.1986 – IX ZR 51/85, ZIP 1986, 1328, 1331 = WM 1986, 1283).

Ein Notar kann aber den Willen der Beteiligten nur dann richtig erfassen und in die passende rechtliche Form kleiden, wenn er den zugrunde liegenden Sachverhalt kennt. Er muß deshalb den Tatsachenkern des Geschäfts aufklären. Dabei ist er zwar auf die Angaben der Beteiligten angewiesen, **er muß sie aber belehren**, warum es auf bestimmte Tatsachen ankommen kann **und muß sie entsprechend befragen**. Der Notar **darf zwar regelmäßig die tatsächlichen Angaben der Beteiligten ohne eigene Nachprüfung als richtig zugrunde legen**. Er muß aber bedenken, daß Beteiligte entscheidende Gesichtspunkte, auf die es für das Rechtsgeschäft ankommen kann, möglicherweise nicht erkennen oder rechtliche Begriffe, die auch unter Laien gebräuchlich sind, und die sie ihm als Tatsachen vortragen, möglicherweise falsch verstehen (vgl. dazu BGH Ur. v. 7.11.1957 – III ZR 131/56, LM BGB § 839 Ff. Nr. 7; Haug, DNotZ 1972, 388, 404; BGB RGRK/Kreft aaO § 839 Rdnr. 416; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 2. Aufl., II 18; Reithmann/Röll/Geßelle, Handbuch der notariellen Vertragsgestaltung, 5. Aufl. Rdhrn. 199, 200, 201).

So lag der Fall hier. Die Beteiligten, u. a. der Kläger, hatten den Beklagten beauftragt, eine Sicherungsübereignung zu beurkunden. Sie trugen ihm vor, die GmbH sei bereits Besitzerin des zu übereignenden Inventars. Es ist ungewöhnlich, daß sich der Sicherungsgeber im Falle einer Sicherungsübereignung des Besitzes völlig entäußert und das Sicherungsgut nicht selbst weiterhin nutzt, so daß die Sicherungsübereignung in der Form des § 929 BGB vorgenommen werden kann. Diese Abweichung von dem Normalfall mußte dem beklagten Notar Anlaß zur Prüfung geben, ob die Beteiligten den Rechtsbegriff des Besitzes voll erfaßt hatten, oder sie nicht

nur – wie Laien häufig – darunter den unmittelbaren Besitz verstanden. Er hätte sie darüber belehren müssen, daß der Veräußerer im Falle einer Übereignung nach § 929 BGB jeglichen, auch den mittelbaren, Besitz aufgeben muß. Der Notar hätte demzufolge die Beteiligten nach dem Anlaß des Besitzerwerbes der GmbH befragen müssen.

Diese Belehrungs- und Aufklärungspflicht hat auch bestanden, obwohl die Beteiligten **als Steuerberater rechtlich nicht unerfahren** waren. Denn es handelt sich bei den Anforderungen, die § 929 BGB an die Aufgabe des Besitzes stellt, und bei der Unterscheidung zwischen mittelbarem und unmittelbarem Besitz sowie den verschiedenen **Übereignungstatbeständen der §§ 929 bis 931 BGB um sachenrechtliche Regelungen, deren Kenntnis von Steuerberatern nicht ohne weiteres zu erwarten ist.**

Verjährung von Gebührenansprüchen des Steuerberaters

– Wegen Buchführungsarbeiten

(OLG Köln Ur. v. 14. 5. 1986 – 6 U 189/85, rechtskräftig –)

Leitsatz (d. Verf.):

Die Verjährung des Gebührenanspruchs beginnt mit der Beendigung der Buchführungsarbeiten eines Jahres.

Aus den Gründen:

Von der Rechnung ist der auf Buchführung entfallende Vergütungsanspruch in Höhe von 3.960,- DM nebst 6,5 % Mehrwertsteuer (257,40 DM) = 4.217,40 DM **verjährt**. Die **Buchführungsarbeiten** für das Jahr 1980 hatte der Kläger nach seinem eigenen Vortrag im **Jahre 1981 abgeschlossen**. Der Anspruch auf Vergütung dieser Arbeiten war deshalb gemäß § 196 Abs. 1 Nr. 15, § 198 Satz 1, § 201 BGB i.V.m. § 15 Abs. 1 der Allgemeinen Gebührenordnung für die wirtschaftsprüfenden sowie wirtschafts- und steuerberatenden Berufe (AllGO), nach der die Abrechnung der Vergütung des Klägers vorgenommen werden sollte, mit Ablauf des Jahres 1983 verjährt.

§15 Abs. 1 AllGO lautet:

„Die Vergütung (Gebühren und Auslagen) wird fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit bzw. ein Rechtszug beendet ist oder ein Verfahren länger als drei Monate ruht.“

In dem hier entscheidenden Inhalt entspricht diese Vorschrift §7 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV), in dem es heißt:

„Die Vergütung des Steuerberaters wird fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist.“

Laufende Buchführungsarbeiten sind als eine Angelegenheit im Sinne dieser Normen, d. h. als eine selbständige Berechnungseinheit (vgl. dazu Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung, 1982, §12 StBGebV Rdnr. 2) anzusehen. Dies folgt daraus, daß Buchführungsarbeiten in §31 AllGO (§33 StBGebV) als eine eigene besonders zu vergütende Angelegenheit aufgeführt sind. Inwieweit die einzelnen in §31 AllGO genannten Tätigkeiten ihrerseits als eine Angelegenheit im Sinne von §15 AllGO oder nur als Einzeltätigkeiten einer Angelegenheit anzusehen sind, bedarf im Streitfall keiner Entscheidung.

Der **Auftrag** ist von der Angelegenheit zu unterscheiden. Er umfaßt nicht selten mehrere selbständige gebührenrechtliche Angelegenheiten. Seine Erfüllung ist – von der vorherigen Beendigung des Auftrages abgesehen – auf die Fälligkeit der Vergütung für eine einzelne Angelegenheit grundsätzlich ohne Einfluß (vgl. Eckert/Böttcher, a.a.O. §7 StBGebV Rdnr. 3; §12 StBGebV Rdnr. 2, 6).

Auch §16 Abs. 1 AllGO, wonach dem Auftraggeber über die Vergütung (Gebühren und Auslagen) eine Rechnung zu erteilen ist, läßt den Beginn der Verjährungsfrist unberührt. Denn „verlangen“ im Sinne von §201 Satz 2 BGB konnte der Kläger die Gebühren nach §15 Abs. 1 AllGO bereits **mit der Beendigung der Angelegenheit. Allein darauf kommt es für den Beginn der Verjährung an.** Ob dies wegen des an §18 Abs. 1 Satz 1 BRAGO angelehnten Wortlauts des §9 Abs. 1 StBGebV und wegen Fehlens einer §18 Abs. 1 Satz 2 BRAGO entsprechenden Regelung in §9 StBGebV auch für Gebühren gilt, die nach der Steuerberatergebührenverordnung zu berechnen sind (vgl. dazu Eckert/Böttcher a.a.O. S. 557 unter Nr. 3.7), kann hier auf sich beruhen.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Buchführungsauftrag		Steuerhinterziehung	
– Buchung ohne Beleg	87, 4	– Fortsetzungstat	87, 2
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	– Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2
Honoraranspruch		– USt-Erstattungsanspruch	87, 2
– Buchführungsmandat	87, 9	– Verjährung	87, 2
– Verjährung	87, 9	Unterschlagung	
Mitverschulden (§ 254 BGB)		– Buchführungsmandat	87, 4
– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6	– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6
Notar		Verjährung	
– Sachverhaltsermittlung	87, 8	– Honoraranspruch	87, 9
– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7	Vertragsgestaltung	
Sachverhaltsermittlung	87, 8	– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7

Entscheidungsregister

BGH vom 28.1.1986 – I StR 611/85 = wistra 86, 142 = Anm. Würthwein wistra 86, 258	87, 2	OLG Düsseldorf vom 24. 6. 1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 2
BGH vom 2.7.1986 – 3 StR 87/86 = wistra 86, 257	87, 2	OLG Koblenz vom 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3
BGH vom 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7	OLG Köln vom 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (0221) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.